

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 886846 pbbn d



## Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, zum bevorstehenden Besuch von Ronald Reagan: Der Präsident ist willkommen. Seite 1

Dr. Uwe Jens MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages, kommentiert das Frühjahrsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute: Staatliche Maßnahmen erforderlich. Seite 3

Kurt Vittinghoff MdEP, Mitglied des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments, fordert den Verbot von Formaldehyd: Alarmstufe 1. Seite 4

Rudolf Bindig MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Menschenrechte und Flüchtlingsfragen der SPD-Bundestagsfraktion, erinnert an die amerikanische Niederlage in Vietnam vor zehn Jahren: Indochina fand noch keine Ruhe. Seite 5

### Dokumentation

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Heinz Westphal, sprach am Samstag auf einer Gedenkfeier für die Opfer des Nazi-Regimes in Dachau. Seite 6

Verlag:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 1

40. Jahrgang / 81

29. April 1985

### Der Präsident ist willkommen

Ronald Reagan hat auch Anspruch darauf, die Ansichten der Opposition unmittelbar zu erfahren

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Ronald Reagan, der Präsident der Vereinigten Staaten, stattet der Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem Weltwirtschaftsgipfel einen Staatsbesuch ab. Der Bundespräsident wird ihn zu Beginn dieses Besuches willkommen heißen. Dieses Willkommen entbietet er dem ersten Mann Amerikas auch in unserem Namen.

Wir wissen, was wir den Vereinigten Staaten zu danken haben, welchen Beitrag Amerika im Rahmen der Anti-Hitler-Koalition im Kriege geleistet hat, um Europa und uns von der Gewaltherrschaft Hitlers zu befreien, und wie sehr Amerika unter seinen Präsidenten Truman, Eisenhower und Kennedy beim Wiederaufbau unseres Landes und in kritischen Situationen bei der Sicherung unserer Freiheit und der Freiheit West-Berlins geholfen hat. Wir wissen ebenso um die freiheitlichen Traditionen, um die Lebenskraft und die weltweite Verantwortung dieses großen Landes.

Der Präsident hat jedoch gerade als Gast der Bundesrepublik Anspruch darauf, daß ihm auch unsere Interessen, unsere Bedenken und unsere Sorgen ungeschminkt zur Kenntnis gebracht werden. Unsere Sorgen wegen der weltweiten Auswirkungen der amerikanischen Defizitpolitik. Unser drängendes Interesse an einem Stopp der weiteren Raketenstationierungen in Europa. Und unsere starken Bedenken gegen SDI. Und unsere Sorge über die Lage in Zentralamerika.

Herzog-Druckerei  
mit Hermann-Bildtafel  
Königsplatz



Der Besuch Ronald Reagans bietet die Chance, über all das miteinander zu sprechen. Über das, worin wir übereinstimmen, aber auch über das, worin wir unterschiedliche Auffassungen haben. Es ist die Pflicht der Bundesregierung, den Präsidenten realistisch und nüchtern zu informieren und dabei auch die deutschen Interessen zu vertreten. Es wäre jedoch gut, wenn die Opposition, die über 40 Prozent unseres Volkes und in manchen Fragen sogar die Mehrheit des Volkes vertritt, Gelegenheit hätte, ihre Ansichten dem Präsidenten auch unmittelbar darzulegen.

Wir bedauern, daß die Peinlichkeiten der Vorbereitungen auf den Besuch schwere Schatten geworfen haben. Für diese Peinlichkeiten machen wir aber nicht den Präsidenten, sondern den Bundeskanzler verantwortlich. Er wollte, daß der Besuch im Zusammenhang mit dem 8. Mai stattfindet. Der schwierigen Situation, die sich daraus für die Gestaltung des Besuchsprogramms ergab, war er jedoch nicht gewachsen. Er hat vielmehr zu verantworten, daß zunächst die millionenfachen Opfer des Hitler-Regimes, dann die deutschen Soldaten einschließlich derjenigen Waffen-SS-Angehörigen, die ohne oder gegen ihren Willen eingezogen wurden, selbst nicht an Verbrechen beteiligt waren, und schließlich das amerikanisch-deutsche Verhältnis zum Gegenstand bedrückender Auseinandersetzungen geworden sind.

Es ist unwürdig, wenn Alfred Dregger und Herr Geißler die Verantwortung jetzt auf den amerikanischen Kongreß und die SPD abzuwälzen versuchen. Der Kongreß hat Dregger bereits die zu erwartende Antwort gegeben. Die Kundgebung in Neustadt, gegen die sich die wüsten Ausfälle Geißlers richten, ist schon deshalb gerechtfertigt, weil bei der Veranstaltung in Hambach niemand Gelegenheit hat, seinerseits Fragen zu stellen, die erhebliche Teile der deutschen Jugend bewegen. Auch das hat der Bundeskanzler zu beantworten.

Mit Anti-Amerikanismus hat das nicht das geringste zu tun. Die gleichen Fragen werden in Amerika selbst ebenso intensiv diskutiert. Im übrigen sollte von Anti-Amerikanismus schweigen, wer selbst die seit langem schwerste Belastung des amerikanisch-deutschen Verhältnisses zu vertreten hat.

(-/29.4.1985/rs/ks)

+ + +



**Düstere Erwartungen**  
-----

Das Frühjahrsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute unterstreicht die Dringlichkeit staatlicher Maßnahmen

Von Dr. Uwe Jens MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages

Die unabhängigen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in der Bundesrepublik Deutschland dokumentieren mit ihrem Frühjahrsgutachten ernstliche Sorgen angesichts der konjunkturellen Entwicklung.

- o Die Zahl von Arbeitslosen im Durchschnitt des Jahres 1985 wird nicht - wie vom Sachverständigenrat vorhergesagt - sinken sondern spürbar steigen.
- o Die prognostizierten zweieinhalb Prozent an realem Wachstum in der Bundesrepublik für 1985 gründen sich weitgehend auf dem unsicheren Export.
- o Die Investitionsneigung im Inland - insbesondere für Ausrüstungsinvestitionen - soll sich lediglich auf zwei Prozent Zuwachs belaufen. Dies wäre eine erhebliche Abschwächung gegenüber der Prognose des Sachverständigenrates und der Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht.

Diese Daten sind düsterer als die bisherigen Erwartungen.

Insofern ist es für die Sozialdemokraten nicht verwunderlich, daß die unabhängigen Forschungsinstitute konjunkturellen Handlungsbedarf signalisieren.

Mit dem DIW (Berlin) sind wir der Meinung, daß die Finanzpolitik in Bonn ihren restriktiven Kurs endlich aufgeben muß. Die konservative Regierung kann nicht von den Gemeinden mehr öffentliche Investitionen verlangen, wenn sie nicht selbst mit gutem Beispiel vorangeht. Die Regierung muß endlich ihren gesetzlichen Verpflichtungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz nachkommen.

Wenn nicht umgehend zusätzliche staatliche Maßnahmen ergriffen werden, um der Bauwirtschaft zu helfen, werden dort die Kapazitäten in einem Ausmaß reduziert, daß langfristig Produktionsmöglichkeiten nicht mehr wahrgenommen werden können.

(-/29.4.1985/rs/ks)

+ + +



Alarmstufe 1

Öko-Studie beweist: Formaldehyd sollte verboten werden

Von Kurt Vittinghoff MdEP

Mitglied des Unterausschusses des Europäischen Parlaments

Eine Bestätigung der dringenden Forderung nach sofortigem Verbot der Anwendung von Formaldehyd soweit Ersatzstoffe vorhanden sind, haben jetzt Forschungsergebnisse des Freiburger Öko-Instituts gebracht.

Die dieser Tage erschienene Studie untersuchte Haushaltsprodukte wie Reinigungs- und Desinfektionsmittel, von denen mehr als die Hälfte formaldehydhaltig waren. Da Formaldehyd unbestritten zu den zehn wichtigsten allergieauslösenden Stoffen gehört und unter dem berechtigten Verdacht steht, krebserregend zu sein, bedeuten diese Ergebnisse Alarmstufe 1.

Zwar liegen die einzelnen Produkte im Rahmen der zur Zeit geltenden Grenzwerte für Formaldehyd, aber diese Grenzwerte werden durch die Summierung mehrerer formaldehydhaltiger Produkte im Einzelhaushalt weitaus überschritten. Der Formaldehydanteil in den Produkten ist für die Verbraucher nicht erkennbar, da die Reinigungsprodukte bis heute keiner Kennzeichnungspflicht unterliegen.

Zum Schutz der Verbraucher und der Umwelt halte ich folgende Maßnahmen für erforderlich:

- sofortige umfassende Kennzeichnungspflicht ohne Begrenzung
- drastische Herabsetzung der bisher als gefährlich eingestuften Grenzwerte
- Verbot der Anwendung von Formaldehyd soweit Ersatzstoffe vorhanden sind
- Verstärkte Forschung und Entwicklung von Ersatzstoffen
- Finanzielle Förderung dieser Forschung und Entwicklung durch die Bundesregierung
- Verschärfung der Kontrollen durch bessere personelle und technische Ausstattung der zuständigen Stellen
- Verpflichtung der Produzenten zur Offenlegung der Produktzusammensetzung

Außerdem ist unumgänglich, daß die Nichteinhaltung der Verordnungen und Richtlinien zukünftig nicht lediglich als Ordnungswidrigkeit, sondern als Straftatbestand behandelt wird. Das ist allein deshalb erforderlich, weil in diesen Fällen Gesundheit und Leben von Menschen gefährdet würden.

(-/29.4.1985/rs/ks)

+ + +



Indochina fand noch keine Ruhe

Vor zehn Jahren mußten die Amerikaner Vietnam verlassen

Von Rudolf Bindig MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Menschenrechte und Flüchtlingsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Vor zehn Jahren, am 30. April 1975, marschierten Einheiten des Vietcong und nordvietnamesischer Truppen in der südvietnamesischen Hauptstadt Saigon ein. Die Welt atmete auf: Ein jahrzehntelanger blutiger Krieg mit entsetzlichem Leid für Millionen unschuldiger Menschen, der die westliche Allianz bis in ihre Grundlagen erschüttert hat, schien beendet.

Heute ist Indochina immer noch nicht zur Ruhe gekommen. Unter schweren Lasten für seine Bürger und seine Wirtschaft treibt Vietnam mit hohem militärischem Aufwand eine Hegemonialpolitik, die inzwischen zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit allen seinen unmittelbaren Nachbarn geführt hat. Während das Land zusehends verarmt, stehen seine Truppen in Laos und Kambodscha, kämpfen sie gegen die Volksrepublik China.

Der Sieg der Vietnamesen gegen die USA hat ein Volk ins Unglück getrieben, in das es ohne sein Zutun und gegen seinen Willen gestürzt worden ist. Kambodscha. Die abrückenden Amerikaner gaben den Weg frei für Pol Pot, dessen blutiges Terrorregime in der Geschichte der Menschheit seinesgleichen sucht. Seine Vertreibung durch Vietnam hat dem kambodschanischen Volk keine Erlösung gebracht. Es leidet nun schon seit zehn Jahren unter einem Krieg, von dessen Folgen es sich wohl nicht so bald wird erholen können, und es zeigt sich immer klarer, daß Vietnam nicht der Befreier, sondern der Eroberer ist.

In Vietnam liegt der Schlüssel für den Frieden in Indochina. Die vietnamesische Regierung muß das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Laos und Kambodscha ebenso respektieren, wie sie es für das gesamte vietnamesische Volk gefordert hat. Vietnam muß sich endlich seinen dringenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen zuwenden, sonst wird es als militärischer Riese der Region auf tönernen Füßen stehen. Ein Vietnam, das nach Frieden und Ausgleich, nach Wohlstand und Fortschritt für seine Bürger strebt, kann mit unserer Unterstützung rechnen. (-/29.4.1985/rs/ks)

+ + +



D O K U M E N T A T I O NHeinz Westphal: Die historische Verantwortung übernehmen

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Heinz Westphal, sprach anlässlich der Gedenkfeier des Vereins "Zum Beispiel Dachau - Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Dachauer Zeitgeschichte" am 27. April im Dachauer Schloß, wir dokumentieren seine Ausführungen im Wortlaut.

"Die Menschheit schaudert sich vor Deutschland!", dies schrieb der nach den USA emigrierte Deutsche Thomas Mann, als vor 40 Jahren die Konzentrationslager geöffnet und die wenigen Überlebenden befreit wurden. Den amerikanischen, britischen und sowjetischen Befreierern boten sich Bilder des Grauens. Von den Häftlingen, die Hunger und Folter, Angst und Demütigung überstanden hatten, litten die meisten an Typhus oder Tuberkulose, waren halb verhungert und zu Skeletten abgemagert. Das ganze Ausmaß der Greuelthaten, die von den Nationalsozialisten begangen worden waren und die Elend, Schmerzen, psychischen Terror und sinnlosen Tod über viele Millionen Menschen aus zahlreichen Nationen gebracht hatten, wurde sichtbar. Namen wie Bergen-Belsen und Buchenwald, Dachau, Auschwitz, Treblinka und Majdanek sind zu einem Begriff für das Böse, das Unmenschliche und zutiefst Grauenhafte geworden.

Die Schreckensbilanz aller in diesen Orten ausgestandenen Leiden der geschundenen und getöteten Menschen ist mit Worten kaum zu beschreiben.

Allein in Dachau wurden während der NS-Herrschaft mehr als 200.000 Menschen gedemütigt, gequält, ausgehungert und gefoltert; mehr als 30.000 starben in diesem Lager.

Nur zögernd setzt man seinen Fuß auf ein Gelände, in dem die Steine und jede Handbreit Boden von dem furchtbaren Geschehen reden, das sich hier vollzogen hat. Jeder Besucher findet sich mit einem Abschnitt deutscher Geschichte konfrontiert, der die Erinnerung an Verbrechen heraufbeschwört, die von Deutschen an Deutschen und an Ausländern sowohl auf deutschem Boden als auch auf dem Boden fremder Völker begangen worden sind.

Auch 40 Jahre nachdem der Schleier zerrissen worden ist, hinter dem Hitler und seine Schergen ihr schändliches Tun zu verbergen trachteten, hat diese Erinnerung nichts von ihrem Schrecken verloren.

Wenn wir heute, 40 Jahre nach der Befreiung der Häftlinge von Dachau, auch der Stadt Dachau, hier zusammenkommen, so gelten unsere Gedanken und Gefühle in dieser Stunde in erster Linie den Menschen, die hier gelitten haben, die Qualen einer bis dahin unbekannt Dimension erdulden mußten. Alle Opfer, die hier und anderswo auf dem schmalen Grat zwischen Angst und Hoffnung dahinvegetierten, sind nicht etwa nur stumme Zeugen der Anklage; sie haben Anspruch auf unser Zeugnis, auf ein Zeugnis, mit dem wir vor ihnen und vor uns bestehen können.

Dies muß hier heute gesagt werden, weil keiner von uns so einfach vorbeigehen kann an den Äußerungen und Diskussionen der letzten Wochen über Inhalt und Form des Gedenkens an den 40. Jahrestag des Kriegsendes und die Befreiung von nationalsozialistischer Gewaltherrschaft.

Dies hat wieder einmal auf erschreckende Weise deutlich gemacht, wie schwer wir Deutschen es haben, unser Verhältnis zur eigenen Geschichte zu bestimmen, wie schwer es uns fällt, dieses Zeugnis abzulegen: Sollen wir nur ernst und dabei vielleicht abgehoben von dem historischen Umfeld der 50 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges gedenken?

Gibt es denn nicht wirklich genügend Berechtigung dafür, die Befreiung vom Hitlerfaschismus feierlich zu begehen?



Kopfschüttelnd müssen wohl unsere Freunde in der Welt und die Angehörigen der unzähligen durch die Nazi-Terrorherrschaft gequälten Menschen diese Szene betrachten. Für denjenigen, der damals froh war, daß der Krieg zu Ende war und aufatmete, weil Hitlers Größenwahn und Diktaturregime in sich zusammenbrach, kann das Empfinden über diese Diskussion nur tiefe Beklemmung sein. War all das Bemühen der Demokraten, der Überlebenden Widerstandskämpfer um die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit in den Nachkriegsjahren erfolglos?

Darf der Appell von Kurt Schumacher, der von 1935 bis 1943 selbst Häftling im KZ Dachau war, nicht zu verzweifeln, sondern Hand anzulegen und mit dem Wiederaufbau des Landes zu beginnen, und den Überlebenden eine Chance für die Zukunft zu geben, so falsch verstanden werden, daß einige daraus ableiten, man solle das Gewesene als nun vorüber beiseite tun und also die noch lebenden Angehörigen der SS-Totenkopf-Division ruhig das Mai-Wochenende in Nesselwang zu einem Wiedersehenstreffen verwenden lassen?

Nein! Dies darf nicht unwidersprochen bleiben!

Es gehen wohl zu viele mit unserer jüngsten Geschichte heute in der Weise um, daß sie am liebsten an den Erfahrungen und grauenvollen Ereignissen nicht rühren oder das daran nicht gerüttelt werden darf. Zu wenige merken, daß damit nicht nur zu der nachgewachsenen Generation der Nachkriegszeit, sondern gerade auch zu der heute erneut kritischen, also besonders wertvollen und wichtigen jungen Generation die Vertrauensdistanz immer größer wird. Und - ich wende mich auch an die Gutwilligen - statt der oft zu hörenden Klage, die Jugend wisse nicht genug über den Nationalsozialismus und seine schlimmen Taten, sollten wir uns lieber selbstkritisch fragen, ob wir nicht fähig genug gewesen sind, das notwendige Wissen über diese Zeit, über ihre Entstehung und ihre Folgen an die nachfolgenden Generationen so zu vermitteln, daß sie darin erkennen konnten, daß wir selbst die notwendigen Konsequenzen aus unserer Erfahrung gezogen haben.

Es sind Bürger von Dachau, insbesondere möchte ich hier stellvertretend Hans-Günther Richardi, Dr. Simon-Andrä, Dr. Reiner Gruber und Rupert Köchy nennen, die sich bemühen, die unendlich grauenvolle Geschichte der zwölf Jahre NS-Herrschaft, für die das ehemalige Konzentrationslager Dachau ein Synonym ist, aufzuarbeiten. Sie wollen und können damit auch der Stadt Dachau und ihren Bürgern helfen, daß der Name der Stadt nicht mehr allein in aller Welt mit dem Geschehen vor 40 Jahren in Verbindung gebracht wird, sondern auch für eine bewußte Aufarbeitung der Geschichte steht, und dies heißt doch wohl, Lehren aus der Vergangenheit gezogen zu haben.

Hier liegt die Chance, stellvertretend für viele den Weg des heutigen, des demokratischen Deutschlands aufzuzeigen. Die Bürger dieser Stadt haben gewiß nicht die Verantwortung zu übernehmen, die von der gesamten Nation wahrzunehmen ist. Aber aus ihrer direkten räumlichen Betroffenheit heraus können sie ein ständiger Mahner sein, damit die schwerwiegenden Fehleinschätzungen vor 1933 und die darauffolgende Katastrophe sich nie wiederholen.

Es geht für uns alle also nicht nur um das Wissen um die Geschichte, sondern vielmehr noch um die daraus zu ziehenden Lehren.

Nur so begründet kann die Generation, die für sich die Frage nach Schuld, Mitschuld oder Scham stellen mußte, sich an die Opfer der Nazi-Herrschaft wie an die heutigen und künftigen Generationen wenden, um diese für eine Mitverantwortung bei der Gestaltung einer gesellschaftlichen Ordnung zu gewinnen, die sowohl geistig, als auch von ihren institutionellen Sicherungen her eine Wiederholung der Entwicklung zum Faschismus und jeder Art von Totalitarismus ausschließt.



Dort, wo schweigende Mehrheiten die Probleme verdrängen und sich der politischen Meinung Einzelner oder einiger Weniger unterordnen, beginnt die Gefahr; dort hat sie damals vor 1933 ihren Ausgang genommen. So entstand die Möglichkeit, daß ganz Wenige sich mit politischer Überheblichkeit die Herrschaft aneigneten.

Mit Hilfe unserer geschichtlichen Erfahrung muß es gelingen, Uninteressiertheit, Abseitsstehen oder Mitläufer-Verhalten zu verhindern.

Demokratie, parlamentarische Demokratie muß, und das ist eine weitere Lehre aus der Vergangenheit, in sich stabil bleiben. Demokratie muß fertig werden mit der Gefahr, daß ihre Feinde die demokratischen Freiheiten nützen, um diese dann auszuhöhlen und zu zerstören.

Dies ist sicher auch eine Frage der Konstruktion der demokratischen Institutionen und der konsequenten Anwendung von Recht und Gesetz, aber es ist wohl mehr noch ein Problem von Aufklärung, Bildung und Erziehung. Die leider wiederholbare Fehlvorstellung in den Köpfen der Menschen, daß ein autoritärer Führer besser sei, als die sich ums richtige Regieren streitenden Parteien, kann nur mühsam beseitigt werden und muß wohl für jede nachwachsende Generation erneut am Beispiel unserer Vergangenheit ausgeräumt werden.

Wer die Lehren aus unserer Vergangenheit ziehen will, muß wissen, daß leider nach wie vor nationalistische Töne schnell eine gefährliche und breit wirkende Anziehungskraft besitzen. Und da diese Erfahrung nicht nur auf unser Land beschränkt ist, gilt es sowohl in der Politik, als auch in praxisorientierter Bildungsarbeit alles zu tun, um internationale Verständigung weiter zu entwickeln, zu verbreitern und zu vertiefen.

Ich könnte mir vorstellen, daß eine internationale Besuchs- und Begegnungsstätte für junge Menschen in Dachau solche Bemühungen wesentlich unterstützen würde.

Wenn diese Gedanken Konsequenzen für uns aus dem grauenvollen Geschehen vor 40 Jahren sind, wenn die Lehre aus der Erfahrung mit dem Hitler-Regime verstanden wird als Aufgabe, sich für die Stabilisierung von Demokratie und für die Überwindung von Egoismus und Nationalismus einzusetzen, wenn wir erkennen, daß die Lehre darin besteht, sich überall in der Welt für die Verwirklichung von menschlichen Grundrechten und für die Erhaltung des Friedens zu verwenden, dann haben wir die historische Verantwortung für das, was in den Konzentrationslagern, was in Dachau geschah, wirklich übernommen.

(-/29.4.1985/rs/ks)

+ + +

